


Brandschutzmaßnahmen im Finanzamt München IV/V Gesundheitsgefährdung der Beschäftigten Neuorganisation und Neubau des Finanzamts München		
Seite 1 von 2	<b>Eingabe an den Bayerischen Landtag</b>	<b>Stand:</b> 10.10.2011 16:06

Der Gesamtpersonalrat beim Finanzamt München hat den Bezirks- und den Hauptpersonalrat auf erhebliche Probleme mit dem Gebäude in der Deroystrasse 4 aufmerksam gemacht, von denen die Beschäftigten der Abteilung IV/V und der Betriebsprüfung betroffen sind. Es geht dabei um Defizite beim Brandschutz und eine Belastung mit Asbest!

Nach unseren Informationen hat das Staatliche Bauamt München I in seinem Bericht vom 27.09.2011 gravierende Brandschutzmängel im Gebäude Deroystrasse 4 festgestellt. Diese stellen eine erhebliche Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Beschäftigten dar. Die Gesamtkosten für die notwendigen Brandschutzmaßnahmen und die Kosten für die Beseitigung der Asbestbelastung werden nach unseren Informationen auf 6,3 Millionen Euro geschätzt. Dabei sind die Kosten für die IUK-Technik und die breit zu stellenden Räume, für die wegen der Asbestsanierung auszulagernden Beschäftigten noch nicht enthalten.


Da dringender Handlungsbedarf besteht, hat das Staatliche Bauamt München ein Konzept für vorzuziehende Sofort- bzw. Vorabmaßnahmen erarbeitet, um die schwerwiegendsten Mängel für die Übergangszeit zu kompensieren.

Eine Raumluftmessung im Gebäude hat keine akute Asbestbelastung ergeben. Es ist jedoch davon auszugehen, dass bei einer Brandschutzsanierung die Asbestbelastung gravierend wäre. Zudem müssten im Rahmen der Asbestsanierung alle Beschäftigten ausgelagert werden, um eine Gesundheitsgefährdung zu vermeiden.

Trotz dieses enormen finanziellen Aufwandes wird für das Gebäude kein Mehrwert geschaffen. Es bleibt vielmehr dabei, dass das Gebäude auch nach Abschluss der Maßnahmen für Brandschutz und Asbestentsorgung technisch und wirtschaftlich verbraucht und marode ist. Weitere beträchtliche Mittel müssten bei Fortführung der Nutzung in das Gebäude gesteckt werden. Soweit uns bekannt ist, hat die Oberste Baubehörde bereits 2009 den Sanierungsbedarf auf ca. 35 Mio. € geschätzt. Deshalb sahen die Planungen auch einen Abbruch vor.

Unabhängig von der Frage der Zumutbarkeit des Gebäudes im derzeitigen Zustand für die dort Beschäftigten ist die weitere Verwendung von Staatseinnahmen in Millionenhöhe für dieses Gebäude für die Bayerische Finanzgewerkschaft unwirtschaftlich und nicht mehr zu verantworten. Eine Umsetzung der vom Bauamt vorgeschlagenen kostenträchtigen Maßnahmen bedeutet aber auch, dass es bis 2015 wegen der Beseitigung der Asbestbelastung zu ständigen Aus- und Umzügen aus dem Haus und innerhalb des Hauses käme. Dies bedeutet für die ohnehin an der Grenze der Belastbarkeit arbeitenden Beschäftigten massive Beeinträchtigungen bei der Arbeit und damit verbunden auch verständlicher Unmut bei den Steuerbürgern.

Die Neuorganisation des Finanzamt Münchens ist für die Bayerische Finanzgewerkschaft und die Beschäftigten auch unter dem Gesichtspunkt akzeptiert worden, dass damit ein Neubau auf dem

Brandschutzmaßnahmen im Finanzamt München IV/V Gesundheitsgefährdung der Beschäftigten Neuorganisation und Neubau des Finanzamts München		
Seite 2 von 2	<b>Eingabe an den Bayerischen Landtag</b>	<b>Stand:</b> 10.10.2011 16:06

Areal der Deroystasse entstehen wird. Die Akzeptanz dieser Neuorganisation ist ganz wesentlich von einer schnellen Durchführung dieses Neubaus abhängig.

Die Bayerische Finanzgewerkschaft fordert daher unverzüglich die Aufhebung des Planungsstopps für die Baumaßnahmen an der Deroystasse und bittet möglichst schnell auf eine vorübergehende Unterbringung aller Beschäftigten des Gebäudes Deroystasse 4 in Ersatzräumlichkeiten hinzuwirken. Wir fordern, im Nachtragshaushalt die nötigen Mittel dafür bereitzustellen, damit möglichst schnell mit der Neubaumaßnahme an der Deroystasse begonnen werden kann. Denn durch die Erstellung des seit Jahren im Zuge der Schaffung des Finanzamts München geplanten Neubaus könnten auch die umfangreichen Brandschutzmaßnahmen vermieden werden.